

Berliner Tageblatt



Nr. 142

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die amerikanischen Bankiers und die Reparationsfrage.

Die Voraussetzungen für eine amerikanische Anleihe an Europa.

Die Beratungen des internationalen Kongresses der Handelskammern.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 24. März.
In der gestrigen Sitzung des Kongresses der internationalen Handelskammern rügte Kent, der Vizepräsident des New-Yorker Bankierbundes, die schlechte Politik der europäischen Regierungen, die das Chaos verlängere und die Amerikaner davon abhalte, für den europäischen Wiederaufbau Geld zu opfern. Alsdann verlas Kent ein neues amerikanisches Projekt. Ehe Amerika in einen teilweisen Schuldenerlaß einwilligt, müsse es von den europäischen Mächten eine Garantie für eine bessere Politik verlangen. Sonst würde die gegenwärtige Mißwirtschaft nur noch weiter fortbauern. Eine amerikanische Anleihe für Deutschland, um dessen Wirtschaft wieder herzustellen und die Reparationen zu zahlen, wäre durchaus ein gesunder Gedanke und könnte sicher in Amerika ausgesetzt werden, falls sie von den Alliierten zugunsten ihrer Länder verlangt würde.

Kent schloß, wenn der Reparationskonflikt zwischen Deutschland und den Alliierten aufhört sowie die Inflation und die unnützen Ausgaben vermindert werden, so könnte die öffentliche Meinung Amerikas den Kongress zwingen, mit den europäischen Mächten zusammenzuarbeiten. Danach könnten Schritte zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage, die jeder dauernden Besserung der Weltwirtschaft übergehen müsse, getan werden. Der Umfang und der moralische Charakter der Verpflichtungen Deutschlands müsse vollumfänglich erkannt werden, und Reparationen müssten vom Schuldner bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit geleistet werden. Gleichzeitig müsse das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt werden, um Grenzverletzungen und damit der Notwendigkeit neuer Rüstungen auszuweichen. Der Antrag schließt, es wäre unangebracht, schon heute eine bestimmte Lösung des Streites der Alliierten mit Deutschland vorzuschlagen; jedoch seien die Finanzminister der verschiedenen Länder bereit, im gegebenen Augenblick die Regierungen praktisch zu unterstützen.

Der englische Delegierte Schuster schlug die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz unter amtlicher Beteiligung aller Regierungen vor. Schließlich beantragte Bianchini, der Vizepräsident der Vereinigung italienischer Bankiers: 1. Abschätzung der Reparationsbeträge auf ein vernünftiges Maß; 2. Verknüpfung der Reparationen und der internationalen Schulden; 3. eine gerechte Lösung der Wirtschaftssorgen müsse mit einem wahren politischen Frieden und der Etablierung der Unabhängigkeit der Nationen einhergehen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Kongress erörterte am gestrigen Tage einen Londoner Vorschlag über die Wiederherstellung des internationalen Handels. Wiederaufnahme der Geschäfte und Zahlungen mit Ländern, deren Wälua feinen Charakter habe, seien un-

möglich. Zunächst müsse jedwede neue Inflation unbedingt aufhören, und jede Valuta auf eine Gold- und Warenbasis stabilisiert werden.

Paris, 24. März.

Der Präsident der New-Yorker Handelskammer Irving T. Bush hat der Zeitung „Leure“ einige Erklärungen über die Krise in Europa zur Verfügung gestellt. Herr Bush sagt, daß von allen europäischen Staaten seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes große Fehler begangen worden seien. Er wolle aber nur von den Fehlern Frankreichs sprechen, da er für die Franzosen Sympathie habe und ihnen deshalb gern helfen möchte. Der alte Haß zwischen Frankreich und Deutschland sei zu verstehen gewesen, so lange das kaiserliche Deutschland durch seine militärische Übermacht Frankreich bedroht habe. Aber heute sei Deutschland eine Republik und die Militärmacht sei auf der Seite Frankreichs. Es gebe nur drei Möglichkeiten, um der jetzigen Spannung ein Ende zu bereiten: Frankreich müsse sich sagen, daß der alte Kampf gegen ein republikanisches Deutschland nicht weiter geführt werden dürfe und es müsse alles tun, um die Demokratie und die demokratische Regierung in Deutschland zu stiften. Diese Politik wäre ein Beweis großer Staatskunst. Denn ein republikanisches Deutschland könnte in späterer Zukunft die beste Garantie gegen russische Drohungen werden. Dies sei die beste Lösung, die für die beiden beteiligten Völker aber auch für die ganze Welt von Vorteil sein würde. Die zweite Lösung besteht in einem Garantievertrag, der Frankreich gegen die vermeintliche deutsche Gefahr sichern könnte. Im Falle eines Angriffes würden die alten Bundesgenossen Frankreich ungewißhaft beistehen, aber ein Dauervertrag für die Zukunft sei schwer zu erreichen. Soweit Amerika in Frage kommt, hält Herr Bush es für besser, wenn Frankreich nicht auf neue Truppenhilfe rede, und die englische Bereitwilligkeit sei auch sehr fraglich. Beide Mächte würden in einem solchen vorläufigen hypothetischen Fall sicherlich nur dann eingreifen, wenn ihre eigenen Interessen bedroht seien. Wollte Frankreich diese beiden Möglichkeiten nicht in Betracht ziehen, dann werde es früher oder später zu neuen Kämpfen zwischen Frankreich und Deutschland kommen, bei denen die größere Zahl der Kämpfer auf die Dauer den Sieg erlangen müsse. Deutschland habe 60 Millionen Menschen und seine Gebürtisziffer bleibe unverändert. Beide Völker seien durch die geographischen Verhältnisse nachbar und müßten sich deshalb miteinander einrichten. Deshalb wäre es die beste Lösung aller Fragen und die sicherste Garantie für den Frieden, wenn zwischen Frankreich und dem republikanischen Deutschland eine dauernde Verständigung erreicht werden könnte. Herr Bush ist, wie er wiederholt versichert, zu dieser Schlussfolgerung nach Überlegung gelangt, die in einem Geist aufrichtiger Sympathie für Frankreich angefertigt wurden. Es ist leider vorläufig wenig Aussicht vorhanden, daß die jetzige Regierung und das jetzige Parlament Frankreichs auf diese guten Ratsschlüsse hört.

Das südslawische Wahlergebnis.

Die „Kuglika“. — Um die „Majta Srbija“ — Zerlegung in Stammeseinheiten. — Die „Cottetie“. — Paschitschischs schwere Aufgabe.

Von unserem nach Südslawien entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

II Belgrad, 21. März.

Bei den Wahlen in Südslawien gibt man keinen Stimmzettel ab, und es existiert auch kein „Wahllosteil“. Der Wähler erhält nur ein kleines, mit dem weißen Adler gestempeltes Gummiplättchen, die „Kuglika“, und dann sieht er sich einer Reihe vieredriger Kästen gegenüber, aus denen heraus offene vieredrige Holzröhren ragen. Es gibt immer gerade so viele dieser Holzröhren, als es Wahllisten in dem betreffenden Wahlbezirk gibt, und hinter jedem der Kästen steht ein Parteiwahlhelfer und ruft dem Wähler den Namen der Partei oder ihren Hauptkandidaten zu: „Nikola Paschitschisch!“ beispielsweise, oder: „Das ist dein Kasten, Genosse Arbeiter!“ Um das Wahlgeheimnis zu wahren, bestehen strenge Vorschriften. Obgleich bei den Wahlen am vorigen Sonntag 42 verschiedene Wahllisten und oft bis zu fünfzehn Kästen in einem Wahllokal gab, war der Wahlakt einfach, praktisch und empfehlenswert. Man braucht eben keine Stimmzettel, es sind keine gefälschten oder unrichtige Listen möglich, es sind keine Stempel nötig, und die Kugeln und Kästen kann man durch Jahrhunderte immer wieder verwenden.

Man merkt hierzulande nur wenig öffentliche Propaganda bei den Wahlen. Einige Handzettel nur, einige Plakate. Dieses wenige Papier allerdings mit gefeierter Inhalte. Was man in Südslawien bei den Wahlen der leitenden Staatsführer und den Kandidaten in bezug auf angebliche Korruption nachfragen darf, ist erlaublich. Im großen und ganzen herrscht Ruhe während der Wahlen. Hier und da freilich ein paar unschöne Revolverschüsse, eine geringfügige Prügelei, ein paar Faschistenausreitungen gegen die ungarischen und deutschen Minderheiten. Sonst aber musterghültige Ordnung, trotzdem diese Serben, Kroaten und Slowenen, bis in die letzte Fibel politisch, vor Erregung über den Ausgang der Wahlen, der — wegen der Staatskrisis — oft auch ihre materielle Lage wesentlich beeinflusst, zittern. Auch die vorausgegangenen Wahlversammlungen sind ruhig verlaufen, und Sprengtölpchen waren nur vereinzelt durch Faschistengruppen aufgebracht worden. Man hatte in den Versammlungen zumeist unter sich Parteigenossen getagt, und hatte den Gegner Gegner sein lassen. In diesem Lande, das eine feine soziale Lieberung und daher gesellschaftliche Scheidungen wenig erst kennt, argumentiert man vorerst noch mehr politisch, denn sozial, und bei diesen Argumentationen spielen noch stark die Traditionen mit. Wie der Großvater stimmte, so stimmt auch der Vater, und so wird auch der Sohn stimmen.

Die Vortehrungen gegen rechtsradikale Putschabsichten.

Alarmbereitschaft der Polizei.

Eine Anweisung an die preußischen Oberpräsidenten.

In Berlin waren heute vormittag Gerüchte verbreitet, nach denen in Bayern der Ausbruch eines rechtsradikalen Putsches unmittelbar bevorstehe. Auf eine Anfrage unseres Münchener Korrespondenten teilte der Chef der politischen Polizei mit, daß ihm von Verhaftungen oder irgendwelchen Putschabsichten nichts bekannt sei, die im Zusammenhang mit dem Vorgehen der preussischen Regierung gegen die deutschschöpliche Freiheitspartei ständen. Zu ähnlicher Weise äußerte sich der Presseschef der bayerischen Staatsregierung. Immerhin ist es merkwürdig, daß die Sturmabteilungen der Hitler-Garden auch morgen wieder, ungehindert von der Polizei, ihre Übungen in und bei München werden vornehmen dürfen. Es verlautet übrigens, daß gestern zwei Kurierer der Hochsch-Deute in München verhaftet worden sind. Näheres darüber ist noch nicht bekannt. Die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände hat den Reichsfaschler bei seinem Verzuge in einer Vernehmung ausdrücklich erklärt, daß sie nicht mehr daran denke, irgend etwas zu unternehmen, solange der Abwehrkampf an der Ruhr dauere und solange die Reichsregierung „ein festes Rückgrat“ zeige.

In einem merkwürdigen Gegenstoß zu diesen beruhigenden Mitteilungen steht die Tatsache, daß in Thüringen drei Kurierer Stiller abgefangen wurden, die mit „Marschbefehlen“ für die Gruppen versehen waren. Die preussische Regierung hat unter diesen Umständen die sämtlichen Oberpräsidenten der Provinzen telegraphisch angewiesen, die Polizei ihrer Bezirke in eine erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen.

Verhaftung nationalstischer Kurierer.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Gera, 24. März.

In der heutigen Nacht sind in Gera drei Kurierer verhaftet worden, in deren Besitz sich Geheimbefehle befanden, darauf lautet, daß die Mitglieder der Hundertschaft in Hof (Bayern), soweit sie auf thüringischen Boden sich befinden, also vor allem die Gruppe in Weida, sich bis 12 Uhr mittags in Hof einzufinden hätten. Von dort ab sollte das Marschziel geheim

sein. Die drei Kurierer kamen von Plauen her im Automobil, nachdem sie die Plauener Hundertschaft bereits alarmiert hatten. Nach Ausfragen der Kurierer fand in der vergangenen Nacht von Hof aus noch weitere vier Automobile mit Kurierern mit ähnlichen Aufträgen abgegangen. Sämtliche Kurierer trugen die offiziellen Armbinden der bayerischen Nationalsozialisten.

Die Putschisten in Thüringen.

Außerordentlich belassendes Material beschlagnahmt.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Weimar, 24. März.

Die gleichzeitig mit den preussischen Ermittlungen über die Umtriebe der rechtsradikalen Kreise in Thüringen eingeleiteten Untersuchungen haben außerordentlich belastendes Material ergeben. Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschschöpliche Freiheitspartei in Ziel, Taktik und Organisation mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ohne weiteres identifiziert werden kann. In Thüringen ist die nationalsozialistische Arbeiterpartei verboten. Sie setzt aber ihre Tätigkeit unter der Flagge der deutschschöplichen Freiheitspartei fort. In einer größeren Anzahl von Städten Thüringens sind militärische Kampfeinheiten dieser Gruppe festgestellt. Auch wurden mehrfach Waffen und nicht geringe Munitionsmengen beschlagnahmt. Militärische Übungen, zum Teil unter Leitung von Offizieren, haben stattgefunden. Der enge Zusammenhang dieser Veranstaltungen mit der Bewegung Stiller ist erwiesen. Die Thüringer Regierung hat umfangreiches Beweismaterial in ihren Händen über den putschistischen Charakter der rechtsradikalen Bewegung, die nicht nur über zahlreiche selbstorganisierte Hundertschaften verfügt, sondern ihre Organisationen bereits zu ausgesprochenen militärischen Verbänden (Bataillonen und Regimenten) durchorganisiert hat. Die Ermittlungen, die schon jetzt einwandfrei ergeben haben, daß der Rechtsradikalismus auf den Würgerkrieg, und zwar auf noch nicht abgeklärt, werden von der thüringischen Regierung mit Energie fortgesetzt.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Wahlen am 18. März waren diesmal in der Hauptsache nationalistische Wahlen. Das großserbische, slowenische und kroatische Schimpforgan „Balkan“ sagte den Serben, es ginge diesmal um die „Majta Srbija“ — um die „Mutter Serbien“. Der für „Südslawien“ stimmte, der sei ein Defaßist und serbischer Verräter. Aber auch die Kroaten und Slowenen wollten nichts von „Südslawien“ wissen, und sie stimmten geschlossen für den rein kroatischen Raditsch und den rein slowenischen Dr. Korošček. Dazu hielten die böhmischen Muselmanen zuvor zu ihrer Kirche, und die alte Moche stand ihnen bei den Wahlen näher, als der neue Staatsbau Südslawien. Das Ergebnis der Wahlen konnte denn auch nicht verwundern. Da der reine Stammesegoismus bei den Wahlen üblich ins Kraut geschossen war, mußte nicht nur der radikale serbische Diffident, der frühere Ministerpräsident Stojan Protitsch, der die Verhöhnung der drei Stämme predigte, vollkommen fallen, es mußte auch die selber einige große firmierte südslawische Partei, die der Demokraten, die Hälfte ihres Einflusses einbüßen. Dagegen siegten weitüberlegen die Stammeseinheiten: Die radikale Partei Paschitschischs, deren Hauptinhalt serbisch oder großserbisch ist, erhielt 108 Mandate, die kroatische Bauernpartei Raditschischs, die voll separatistische kroatische nationale Empfindnisse ist und die gleich den Bayern argumentiert, brachte es in Kroatien, Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien auf 70 Mandate. Dr. Korošček, der slowenische Merkale, sammelte von 26 slowenischen Abgeordneten 22 um seine slowenischautonomistische Fahne, und Dr. Spahop, der Muselmanenführer, errang in Bosnien 18 Mandate für ein autonomes Bosnien. Statt für den südslawischen Staat zu manifestieren, manifestierten diese Wahlen also für die einzelnen Stämme, und es ist nach den Wahlen jetzt so, daß parlamentarisch der Staat vollkommen in seine einzelnen nationalen Bestandteile zerlegt ist. In der zukünftigen Entwicklung werden, scharf voneinander getrennt, in der Hauptsache Serben, Kroaten, Slowenen und Muselmanen sitzen, und die reinen Südslawen, das heißt die, die nur ein südslawisches Volk und keine Stämme anerkennen, wird man mit der Laterne suchen müssen. Bei solch rein nationalistischen Stammeswahlen mußten ganz natürlich jene Parteien, die über das nationale das Soziale stellen, verkümmern, und so ging die sozialradikale Bauernpartei auf neun Mandate ein, die Sozialisten errangen nur drei Mandate und die Kommunisten, die zur vorigen Stupitschigna 59 Abgeordnete stellten, brachten es — freilich auch noch unter einem Staatsschutzgesetz stehend und